



Taschenspielertricks helfen nicht weiter

Glaubt man der Landesregierung, dann hat sich die Personalausstattung der Polizeibehörden in den letzten zehn Jahren verbessert. Während es im Jahr 2000 in den 47 Kreispolizeibehörden in NRW insgesamt 41 079 Polizeivollzugsbeamte, Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte gab, sind es 2012 immerhin 41 531. Ein Plus von 452 Stellen. Mit der Realität hat diese Stellenvermehrung allerdings nichts zu tun, denn in die 41 531 Stellen des Jahres 2012 ist die Autobahnpolizei mit ihren 1500 Beschäftigten eingeflossen, die 2000 noch zu den Bezirksregierungen gehört hat. In Wirklichkeit haben die Polizeibehörden in NRW im Vergleich zum Jahr 2000 sogar ein Minus zu verkraften – von 1048 Stellen.

Warum die Landesregierung diese Zahl verschweigt, bleibt ihr Geheimnis. In einer Anfang Oktober veröffentlichten Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Gregor Golland zur Personalsituation bei der Polizei ist sie jedenfalls nicht enthalten. Dort heißt es lediglich in einer Fußnote auf Seite 4 versteckt: Der „Anstieg der Personalstärke von 2006 auf 2007 (ist) im Wesentlichen verursacht durch Verlagerung der Autobahnpolizei zu den KPB im Rahmen von POG II“. Klarheit und Transparenz sehen anders aus.

Auch in Bezug auf den Krankenstand bei der Polizei ist das Innenministerium eher bemüht, Nebelkerzen zu werfen, als zur Aufklärung des Sachverhalts beizutragen. Zwar informiert die Landesregierung das Parlament in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage darüber, dass der Krankenstand bei der Polizei zwischen 2010 (erfasst wurde nur der Zeitraum 1. 1. bis 30. 9. 2010) und 2011 von 7,62 Prozent auf 8,02 Prozent gestiegen ist, aber auch diese Zahl ist nur die halbe Wahrheit, denn in der Krankenstatistik des Innenministeriums fließen nur die Arbeitstage von Montag bis Freitag ein. Das Wochenende bleibt außen vor, obwohl die Polizei ihren Dienst am Wochenende selbstverständlich nicht einstellt.

Eine Begründung, warum Krankheitstage am Wochenende unberücksichtigt bleiben, ist der Antwort der Landesregierung nicht zu entnehmen. Mehr noch: Ein ausdrücklicher Hinweis, dass in der Statis-

tik nur ein Teil der Krankheitstage erfasst wird, fehlt im Text. Stattdessen weist das Innenministerium in seiner Antwort lediglich darauf hin, dass „die Kranken-

bei der Erfassung der Krankheitstage die gleichen Kriterien anzuwenden, wie sie bei den Krankenkassen üblich sind, bleibt ein Geheimnis. Der Effekt auf die

statistisch erfassten Ausfalltage ist jedenfalls enorm. Bei Vollzeitbeschäftigten, die im Schichtdienst tätig sind, fallen – anders als bei der Statistik der Krankenkassen – alle Krankheitstage unter den Tisch, die auf einem Samstag oder Sonntag liegen. Noch größer ist der statistische Effekt bei Teilzeitbeschäftigten, wie ein Beispiel zeigt: Ein Teilzeitbeschäftigter mit halber Arbeitszeit kommt 2,5 Tage in der Woche zum Dienst. Wenn er jetzt sechs Wochen krank wird, werden hierfür nur 6 x 2,5 Tage, also 15 Tage, berechnet. Richtig ist aber, dass die Abwesenheit 42 Tage (6 x 7 Tage) beträgt.

Die GdP dringt deshalb darauf, dass das Innenministerium vollständige Zahlen zum Krankenstand und zur Personalsituation der Polizei vorlegt. „Die Bürger haben ein feines Gespür dafür, wie viele Polizisten tatsächlich zum Schutz der inneren Sicherheit zur Verfügung stehen.“

Statistische Tricks helfen dabei nicht weiter, sie führen nur dazu, dass die Menschen sich vom Staat bei ihren berechtigten Forderungen nach Schutz vor Straftaten im Stich gelassen fühlen“, warnt der designierte GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert.



Anders als von der Landesregierung behauptet, arbeiten bei den 47 Kreispolizeibehörden in NRW heute nicht mehr, sondern weniger Beschäftigte als im Jahr 2000. Der Grund: In den aktuell 41 531 Beschäftigten der Kreispolizeibehörden sind 1500 Autobahnpolizisten enthalten, die bis 2007 den Bezirksregierungen zugeordnet waren und nicht den Kreispolizeibehörden.

stände gemäß der für das Land NRW einheitlich vorgegebenen Krankenstatistik“ berücksichtigt worden sind. Dass dabei die Wochenenden außen vor bleiben, können nur Experten erkennen. Klarheit und Transparenz sehen auch hier anders aus.

Warum das Innenministerium sich für dieses Vorgehen entschieden hat, anstatt



Ich bin Teamplayer

Interview mit dem designierten GdP-Landesvorsitzenden Adi Plickert

Am 15. November wählt der Landesbezirksbeirat der GdP einen neuen Landesvorsitzenden. Der bisherige Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Polizei, Arnold Plickert, stellt sich dort zur Wahl. Deutsche Polizei hat ihn gefragt, mit welchen Zielen und Erwartungen er sein neues Amt antreten würde.

Auf den ersten Blick steht die Polizei in NRW gut da. Die Zahl der Neueinstellungen ist in den letzten fünf Jahren von 500 auf 1400 gestiegen, der mittlere Dienst gehört ab 2014 endgültig der Vergangenheit an und auch bei der Ausrüstung und beim Gesundheitsmanagement hat sich etwas bewegt. Was bleibt für dich eigentlich noch zu tun?

Wir haben in den vergangenen Jahren als GdP in der Tat einiges angeschoben, auf das wir stolz sein können. Trotzdem ist der Blick in die Zukunft alles andere als rosig, weil das Land unter einem enor-

men Sparzwang steht. Davon kann sich auch die Polizei nicht freimachen. Bereits in den nächsten Monaten kommen zudem massive Veränderungen auf die Polizei zu, bei denen wir aufpassen müssen, dass die Interessen unserer Beschäftigten nicht unter die Räder geraten.

Ich denke zum Beispiel an die Diskussion über die AZVPol, an die Dienstrechtsreform und an die Frage, wie wir die größer werdende Gruppe der eingeschränkt dienstfähigen Kolleginnen und Kollegen in der Polizei halten können.

Bei der AZVPol steht die GdP enorm unter Druck. Selbst im Gewerkschaftslager gibt es Stimmen, die fordern, dass es auch für die Polizei keine Ausnahmen von der Europäischen Arbeitszeitverordnung geben soll. Was ist so schlimm daran, bessere Schutzrechte für die Beschäftigten zu fordern?

Die Einhaltung der Höchstarbeitszeit ist schon aus gesundheitlichen Gründen zwingend erforderlich. Richtig ist aber auch, dass sich unsere Kolleginnen und Kollegen in einer Vielzahl von unterschiedlichen Schichtsystemen mit ihren privaten Zeitplanungen eingerichtet haben, auch unter dem Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deshalb können wir die Schichtsysteme nicht auf Knopfdruck verändern. Hinzu kommt, dass die Schichtsysteme und -stärken in den einzelnen Behörden völlig unterschiedlich sind. Deshalb sollten wir ab 2013 in den Behörden Probeläufe unter Beteiligung unserer Kolleginnen und Kollegen durchführen, die anschließend selbst darüber abstimmen können, ob und in welches neue Schichtsystem sie wechseln wollen. Nur so ist eine breite Akzeptanz zu erreichen. Deshalb schlägt die GdP eine Experimentierklausel von drei Jahren bis Ende 2015 vor. Zudem muss die aktuelle AZVOPol dadurch ergänzt werden, dass zwischen den Dienstschichten elf Stunden Ruhepause gelten, es sei denn, zwingende dienstliche Gründe lassen dies nicht zu. Die zwingenden Gründe sind der zuständigen Personalvertretung vorzulegen.

Bei der Reform des Dienstrechts fordert die GdP eine Faktorisierung der Lebensarbeitszeit, damit ältere Polizisten, die jahrzehntelang im Wach- und Wechseldienst gearbeitet haben, früher in Ruhestand gehen können, und eine Individualisierung des Pensions- und Rentenalters. Alles, was bislang an Vorschlägen der Landesregierung bekanntgeworden ist, zielt in eine ganz andere Richtung. Rot/Grün scheint es vor allem ums Sparen zu gehen und nicht um die Durchsetzung attraktiverer Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.

Alle Zahlen müssen auf den Tisch

Dass die Polizei in den kommenden Jahren vor einer gigantischen Pensionierungswelle steht und deshalb die Zahl der Neueinstellungen weiter steigen muss, weiß auch die Politik. Auch dass der Krankenstand bei der Polizei viel zu hoch ist, ist längst kein Geheimnis mehr. Deshalb helfen nur Klarheit und Wahrheit, wenn wir den drohenden Personalabfall bei der Polizei stoppen wollen. Taschenspielertricks nutzen nichts. Erst recht keine geschönten Zahlen.

Deshalb ist es schade, dass die Landesregierung die Kleine Anfrage der Opposition nicht genutzt hat, um zumindest alle Fakten auf den Tisch zu legen. Denn das ist die Voraussetzung dafür, um Lösungen für die dringenden Personalprobleme bei der Polizei zu finden. Schönrechnerei hilft da nicht weiter, sondern nur der ehrliche Umgang mit Fakten.

Aber die Landesregierung kann diesen Fehler noch korrigieren. Nicht mehr bei der Antwort auf die Kleine Anfrage, die ist raus, aber beim Haushalt 2013. Denn der muss unmittelbar nach der noch immer ausstehenden Verabschiedung des Haushalts für 2012 auf den Tisch. Wenn Rot/Grün darin die Einstellungszahlen auf 1700 erhöht, hätte die Landesregierung einen ersten Schritt getan, um den weiteren Personalabbau bei der Polizei zu stoppen. Auch deshalb, weil wir inzwischen 40 Prozent Frauen einstellen, und die wollen irgendwann Kinder haben. Deshalb müssen wir endlich Familienausfallzeiten in die Personalplanung der Polizei einbauen. Egal, ob die Mutter oder ob die Väter eine vorübergehende Auszeit nehmen.

Und die Landesregierung muss endlich das Gesundheitsmanagement bei der Polizei ernstnehmen. Wenn es uns gelingen würde, durch eine weniger krankmachende Gestaltung der Arbeitsbedingungen bei der Polizei die Krankenquote nur um ein Prozent zu senken, hätten wir auf einen Schlag 400 Polizisten mehr für den täglichen Dienst zur Verfügung. Das kann gelingen. Aber nur, wenn die Probleme der Polizei nicht länger kleingeredet werden.



Peter Hugo
stellvertretender Landesvorsitzender



GdP macht bei den Beförderungen Druck

Weil die rot/grüne Minderheitsregierung im März dieses Jahres bei der Abstimmung über den Landeshaushalt 2012 keine Mehrheit fand, mussten Neuwahlen durchgeführt und im Anschluss der komplette Haushalt neu ins Parlament eingebracht werden. Bis Ende November soll er in Kraft treten. Was auf den ersten Blick wie eine bloße Verschiebung um mehrere Monate aussieht, hat für viele Polizistinnen und Polizisten gravierende Folgen. Denn ihre längst geplanten Beförderungen können erst ausgesprochen werden, wenn der Haushalt in Kraft getreten ist.

8,3 Millionen Euro sind den betroffenen Kolleginnen und Kollegen durch die Verschiebung bereits an Einkommensverbesserungen entgangen. Damit der

unfreiwillige Sparbeitrag der Polizistinnen und Polizisten nicht noch größer wird, dringt die GdP darauf, dass in den Behörden unverzüglich alle geplanten Beförderungen ausgesprochen werden, sobald der Haushalt das Parlament passiert hat.

Bei einer Anhörung des Landtagsunterausschusses Personal Anfang Oktober hat die GdP noch einmal ihre Forderungen an den Landeshaushalt vorgelegt. Sie reichen von der Aufstockung der Einstellungszahlen bei der Polizei ab dem kommenden Jahr von 1400 auf 1700 Kommissaranwärterinnen und -anwärter über die Erhöhung der Erschwerniszulage für die Spezialeinheiten und für den Dienst zu ungünstigen Zeiten bis zur Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der

Polizeizulage. In einem persönlichen Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat der scheidende GdP-Landesvorsitzende Frank Richter zudem daran erinnert, dass die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrezulage schon einmal Bestandteil eines rot/grünen Koalitionsvertrags gewesen ist. Die GdP sieht Rot/Grün deshalb in der Pflicht, denn an der Notwendigkeit der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage hat sich dadurch, dass die Landesregierung im ersten Anlauf keine Mehrheit für ihren Haushaltsentwurf gefunden hat, nichts geändert.

Alle Haushaltsforderungen der GdP zum Download: www.gdp-nrw.de

Fortsetzung von Seite 2

Das genau ist der falsche Weg. Wenn wir den öffentlichen Dienst noch unattraktiver machen, hat der Staat keine Zukunft. Wir brauchen wegen der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren deutlich höhere Einstellungszahlen. Trotzdem ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in diesem Jahr deutlich zurückgegangen. Deshalb wäre es fatal, wenn die Attraktivität des Polizeibereichs weiter sinkt.

Was wir stattdessen brauchen, ist die Beibehaltung der Bachelor-Ausbildung, ein attraktives Berufsbild, gute Rahmenbedingungen bei Fortbildung, Ausstattung, Ausrüstung und Gesundheitsmanagement, gute Bezahlung und eine gute Absicherung im Alter.

Hierzu gehört auch die Faktorisierung der Wechselschichtzeiten, die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten bzw. eines Pensionierungskorridors, in dem es möglich ist, freiwillig früher oder später auszuscheiden.

Die GdP fordert zudem, dass die Zahl der Neueinstellungen in NRW auf 1700 steigt. Und sie fordert die Rücknahme der Kürzungen der vergangenen Jahre, zum Beispiel beim Weihnachtsgeld und bei der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrezulage. Wie realistisch sind diese Forderungen?

Auch die Polizisten wissen, dass die Staatsverschuldung zurückgeführt werden muss. Was wir haben ist aber kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben in den letzten Jahren ihren Anteil zur Konsolidierung des Landeshaushalts erbracht. Jetzt sind andere an der Reihe. Ich halte dazu die Einführung einer Vermögenssteuer bzw. die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für angemessen. In Bezug auf die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage gibt es ein Wahlversprechen der Regierungsparteien. Daran haben wir Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in einem persönlichen Schreiben erinnert.

Du hast eben schon die Situation der eingeschränkt verwendungsfähigen Polizisten angesprochen. Was kann die GdP ihnen bieten?

Zunächst einmal müssen wir uns darauf einstellen, dass die Zahl der eingeschränkt einsatzfähigen Kolleginnen und Kollegen weiter steigt. Schon deshalb, weil wir in NRW rasant den 50-Jahres-Schnitt durchbrechen. Deshalb brauchen wir ein Konzept, wie die nicht voll verwendungsfähigen Polizisten sinnvoll eingesetzt werden können. Hier darf nicht das Prinzip der sozialen Kälte herrschen, sondern wir brauchen vertrauensschaffende Maßnahmen. Der Dienstherr hat eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beschäftigten.

Oberstes Ziel muss es sein, die Arbeitskraft der betroffenen Kolleginnen und Kollegen für die Polizei zu erhalten. Das Innenministerium hat hierzu im Sommer eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Ergebnisse werden wir uns als GdP sehr genau ansehen.

Ein weiteres Megathema ist die zunehmende Gewalt gegen Polizisten.

Es ist das Verdienst der GdP, die wachsende Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen aus der Tabuecke geholt zu haben. Heute gibt es keinen Politiker mehr, der nicht einen besseren Schutz für unsere Kolleginnen und Kollegen fordert. Aber wir müssen das Thema weiter auf der Tagesordnung halten.

Du warst in den vergangenen Jahren an allen maßgeblichen Initiativen der GdP beteiligt. Ändert sich etwas, wenn du in Zukunft als Landesvorsitzender in der vordersten Reihe stehst?

Zunächst einmal ist es ein Verdienst von Frank Richter, dass die GdP wieder zu einer politischen Stimme in NRW geworden ist, an der niemand vorbeikommt, wenn es um die Interessen der Beschäftigten bei der Polizei und um die Stärkung der inneren Sicherheit geht. Deshalb übernehme ich eine gut aufgestellte GdP. Im Übrigen haben wir die Erfolge der vergangenen Jahre gemeinsam erreicht. Ich bin ein Anhänger von Teamarbeit und das wird auch so bleiben. Der Erfolg hat immer viele Väter.



Deutlich mehr als der Inflationsausgleich

Erwartungen an die Tarifrunde 2013

Aktuell liegt die Inflationsrate in Deutschland bei 2,2 Prozent. Die Tarifierhöhung, die die GdP gemeinsam mit ver.di und GEW in den im Januar beginnenden Verhandlungen über den TV-L durchsetzen will, soll darüber liegen. Wie hoch die Tarifforderung konkret ausfällt, steht aber noch nicht fest. Zuvor müssen die Gewerkschaften ihre Forderung erst anhand der ökonomischen Rahmendaten erarbeiten.

Neben der aktuellen Wirtschaftsentwicklung und der Inflationsrate spielt dabei auch die Entwicklung der Steuereinnahmen eine Rolle. Zudem werden die Gewerkschaften bei ihrer Forderung die Tarifabschlüsse in anderen Branchen berücksichtigen, insbesondere den letzten Tarifabschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen. Schon deshalb, damit sich die Bezahlung innerhalb des öffentlichen Dienstes nicht weiter auseinanderentwickelt.

Beim Bund und bei den Kommunen stiegen die Gehälter in diesem Jahr um 3,5 Prozent. Im kommenden Jahr steigen sie erneut, um 1,4 Prozent zum 1. Januar und um weitere 1,4 Prozent zum 1. August 2013. Im Vergleich dazu fiel die Tarifierhöhung für die Beschäftigten der Länder in diesem Jahr mit 1,9 Prozent bescheiden aus. Einen Tarifabschluss in vergleichbarer Höhe wie bei Bund und Kommunen gab es bei den Ländern zu-

letzt im März 2009. Damals gab es drei Prozent mehr. Es gibt also Nachholbedarf. Und zwar unabhängig davon, dass der Zuwachs bei den Steuereinnahmen inzwischen nicht mehr ganz so groß ist, wie sich das Anfang des Jahres während der Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen dargestellt hat.

Welche Schlussfolgerungen sich aus diesen ökonomischen Rahmendaten ableiten lassen, wird die Tarifkommission des GdP-Landesbezirks am 12. November beraten. Bis Ende des Monats werden dann die Großen Tarifkommissionen von GdP Land und von GdP Bund ihre Forderungen beschließen. Die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beraten parallel in ihren Tarifkommissionen. Am 10. und 11. Dezember folgt schließlich eine gemeinsame Beschlussfassung von ver.di, GEW und GdP. Auch die Gewerkschaften des Beamtenbundes werden dann in die Überlegungen einbezogen. Formal gilt der

TV-L nur für die Tarifbeschäftigten, nicht für die Beamten. Aber für die Gewerkschaften ist von vorneherein klar, dass der Tarifabschluss eins zu eins auf die Beamten übertragen werden muss. Auch die Länder kalkulieren die Kosten einer Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamten von vorneherein mit ein, auch wenn sie sich am Ende nicht mehr so gerne daran erinnern.

Beim Tarifabschluss 2009 hat die GdP dem damaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) öffentlich Wortbruch vorgeworfen, weil er allen vorherigen Versprechungen zum Trotz bei der Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten getrickst hat. Beim letzten Tarifabschluss im Frühjahr 2011 hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) den Abschluss dagegen eins zu eins auf die Beamten übertragen. Die GdP geht davon aus, dass das auch 2013 passieren wird.

Keine Reichtümer

Was Tarifbeschäftigte bei der Polizei verdienen

4500 der 44 000 Beschäftigten bei der Polizei NRW sind Tarifbeschäftigte. Ihr Einkommen liegt deutlich unterhalb des Einkommens der Polizeibeamten. Einige Beispiele:

Mitarbeiterin im Geschäftszimmer eines Verkehrskommissariats, 47 Jahre alt, alleinerziehende Mutter eines Kindes, gelernte Notargehilfin, Entgeltgruppe 6, Stufe 6, brutto (inkl. Kindergeld) 2599,04 Euro, netto (Steuerklasse 2) 1878,48 Euro.

Der Vater ihres Sohnes zahlt nach jahrelangen Auseinandersetzungen 40,00 Euro Unterhalt. Um über die Runden zu kommen, trägt die Kollegin nebenher Zeitschriften aus. Wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten – ihr Sohn ist zwischenzeitlich 18 Jahre alt –, denkt sie über einen Drittjob nach.

IT-Systemelektroniker im Bereich DV-Systemservice, 27 Jahre, ledig, keine Kinder, dreijährige Ausbildung zum IT-Systemelektroniker, Entgeltgruppe 9, Stufe 4, brutto 3089,58 Euro, netto (Steuerklasse 1) 1706,87 Euro

Kfz-Mechatronikerin, 27 Jahre, ledig, keine Kinder, Ausbildung zur Kfz-Mechatronikerin, anschließend Ausbildung zur Kfz-Technik-Meisterin, seit 2011 bei der Polizei, Entgeltgruppe 8, Stufe 2, brutto: 2437,33 Euro (einschließlich 38 Euro Meisterzulage), netto: 523,52 Euro

Die Kollegin würde nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit in einer freien Werkstatt 1800 Euro verdienen, allerdings macht ihr die Arbeit bei der Polizei viel Spaß und möglicherweise kann sie in einigen Jahren die Werkstattleitung übernehmen. Um ihr Einkommen anzuheben, jobbt sie in ihrer Freizeit als Sporttrainerin.

Laborspülkraft im LKA, 52 Jahre, verheiratet, keine Kinder, ohne Ausbildung, Entgeltgruppe 2Ü, Stufe 6, brutto: 2178,58 Euro (einschl. 92,12 Euro Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschlag): 1404,41 Euro.

Die Kollegin war bis 2004 als Küchenkraft in Linnich beschäftigt und hat sich wegen der dortigen Küchenschließung auf die Stelle als Laborspülkraft im LKA beworben. Der Wechsel ins LKA hatte eine Herabgruppierung zur Folge. Zudem fährt sie seitdem mehr als 100 km, um zu ihrer neuen Arbeitsstätte zu kommen. Die Fahrtkosten liegen bei über 200 Euro monatlich.



GdP aktiv

3. 11., „Halloween Horror Fest“, Movie-Park Bottrop vergünstigte Coupons (19,90 Euro) können über die Kreisgruppen oder den Landesbezirk (Hotline 02 11/2 91 01 10) bezogen werden

5. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gütersloh, 14.15 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14, Gütersloh. **5. 11.**, Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16.00 Uhr, Kantine PP, Markgrafenstr. 102, Dortmund.

6. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Köln, 13.00 Uhr, Polizeipräsidium, Forum 1, Walter-Pauli-Ring 2-4, Köln

9. 11., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 18.30 Uhr, Stadthalle Mülheim, Kartenpreis: 12,50 €, Infos Tel.: 02 01/8 29 85 36

10. 11., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Hamm, 20.00 Uhr, Maxi-Halle, Ostwennemar, Infos und Karten Tel.: 0 23 81/9 16 22 42

15. 11., Beiratssitzung: Wahl des neuen Landesbezirksvorsitzenden der GdP, Mülheim an der Ruhr

15. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund, 14.30 Uhr, Saal 152 der Signal-Iduna-Versicherung, Alter Mühlenweg 78, Dortmund

17. 11., Varieté der GdP, Kreisgruppe Essen/Mülheim, 18.30 Uhr, Saal Deutschland, Messe Essen, Kartenpreis: 19,50 €, Infos Tel.: 02 01/8 29 24 80

21. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bielefeld, 16.00 Uhr, Fichtenhof, Heinrich-Forke-Str. 5, 33609 Bielefeld

22. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14.15 Uhr, PP Bonn, großer Sitzungssaal

23. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düsseldorf, 14.00 Uhr, Bürgerhaus Stadtteilzentrum Bilk, Bachstr. 145, Düsseldorf

28. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund Autobahnpolizei, PP Hagen, Raum 132, Hoheleye 3, Hagen

29. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Euskirchen, 14.30 Uhr, Kurhaus, Urftseestr. 3-5, Gemünd

29. 11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Recklinghausen, 16.30 Uhr, Kantine der Polizeiunterkunft, Beisinger Weg, Recklinghausen

5. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13.00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten, Dammstr. 33, Werdohl

6. 12., Nikolausfeier der Kreisgruppe Hamm, 15.00 Uhr, PP Hamm, Raum D 305, Anmeldungen beim Vorstand

Wir sind die GdP

In der Öffentlichkeit steht die GdP für die Polizei. Was wir zu Fragen der öffentlichen Sicherheit sagen, hat politisches Gewicht. Als von der Behördenleitung die Anfrage kam, ob sich die GdP nicht mit einem Stand am Tag der Rettungs- und Sicherheitsdienste in der Schwerter Innenstadt beteiligen will, stand für die Kreisgruppe Unna die Antwort schnell fest. Einen ganz Tag lang haben sich Mitglieder der Kreisgruppe am Infostand direkt vor der neuen Schwerter Polizeiwache den Fragen und Anregungen der Bürger gestellt. „Wir stehen als GdP für eine bürgernahe Polizei. Deshalb ist es gut, auch außerhalb eines Einsatzes mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, für deren Sicherheit wir jeden Tag arbeiten“, meint der stellvertretende GdP-Kreisvorsitzende Olaf Schneider-Rothe über die Aktion. Auch der Unnaer GdP-Vorsitzende Wilhelm Kleimann und seine Vorstandskollegin Ute Horstmann sind mit dem GdP-Auftritt ganz zufrieden. „Es ist anstrengend, den ganzen Tag den Besuchern des Infostands Rede und Antwort zu stehen, aber es hat gelohnt“, meint Ute Horstmann. Beide würden den Auftritt jederzeit wiederholen. „Wir haben den Tag nicht nur genutzt, um für die Polizei und für die GdP zu werben, sondern auch um zuzuhören, wo die Schwerter sich eine größere Präsenz der Polizei erhoffen. In Zeiten, in denen selbst im Kreis Unna die Gewalt gegen Menschen zunimmt, war das ein wichtiges Zeichen für eine bürgernahe Polizei“, meint Olaf Schneider-Rothe.



„DU WIRBST. 3.0“

Eine erfolgreiche, starke Interessenvertretung ist nur durch die Unterstützung und das Engagement der eigenen Mitglieder möglich! Sie sind es, die den Erfolg der GdP ausmachen. Die Top-Ergebnisse der letzten Personalratswahlen haben es wieder unter Beweis gestellt: Nur mit einer starken Mitgliederbasis können wir unsere Ziele erreichen und unsere Forderungen gegenüber den Behördenleitungen und gegenüber der Politik durchsetzen.

Damit die GdP auch weiterhin die Nase vorn hat, wenn es um die Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten bei der Polizei geht, hat die GdP ihre Mitgliederaktion „Du wirbst!“ neu aufgelegt: Jedes Mitglied, das zwischen dem 1. November 2012 und dem 31. März 2013 mindestens eine Kollegin oder einen Kollegen (Kommisaranwärterinnen und -anwärter ausgenommen) wirbt, nimmt automatisch an der nächsten Verlosung von „Du wirbst!“ teil.



Neben vielen kleinen Preisen winkt ein attraktiver Hauptgewinn: ein zweitägiges Wellnesswochenende innerhalb Deutschland für zwei Personen (eigene Anreise).

Bitte sprech eure Kolleginnen und Kollegen an. Denn es gibt viel gute Gründe, Mitglied in der GdP zu sein.

Mehr Infos: Sandra Anders, Tel.: 02 11/2 91 01-24, sandra.anders@gdp-nrw.de



Schichtdienstplaner online



Der ständige Wechsel zwischen Früh-, Spät- und Nachtschicht prägt für viele Polizisten nicht nur den Berufsalltag, sondern auch das Privatleben. Trotzdem hat jede Polizeibehörde in NRW ihr eigenes Schichtdienstmodell, zum Teil gibt es in den Behörden sogar unterschiedliche Schichtdienstmodelle für die einzelnen Dienststellen.

Seit Ende September hilft der neue Schichtdienstplaner der GdP allen Betroffenen, dabei den Überblick nicht zu verlieren und jederzeit vom PC oder vom Smartphone aus auf den eigenen Dienstplan zuzugreifen. Der Schichtdienstplaner kann in jeden PC- oder Smartphone-gestützten Kalender integriert werden.

Auch die Dienstpläne verschiedener Schichtgruppen lassen sich im gleichen Kalender anzeigen. Das erleichtert die gemeinsame Terminabsprache mit Kollegen und Freunden in der eigenen Behörde.

Die Schichtdienstpläne sind nach Polizeibehörden sortiert. Das Verzeichnis der verfügbaren Schichtdienstpläne wird fortlaufend aktualisiert und erweitert.

Im GdP-App steht der Schichtdienstplaner unter der Funktion Mehr, auf der GdP-Homepage findet er sich im Topnavigationspunkt Infothek. Dort steht auch eine Gebrauchsanleitung für die unterschiedlichen Betriebssysteme zum Download bereit.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

1. 11. Franz Kozak, Hilden
2. 11. Liesbeth Goray, Gelsenkirchen
3. 11. Willi Dirx, Willich
4. 11. Hans Feger, Oberhausen
9. 11. Friedrich Langwieler, Essen
10. 11. Alfred Hauck, Solingen
Kurt Zimmermann, Wachtberg
12. 11. Herbert Morgenroth, Emmerich
15. 11. Artur Nikutta, Münster
24. 11. Robert Stark, Porta Westfalica
26. 11. Franz Neubauer, Köln
30. 11. Gertraude Kraus, Köln

91. Geburtstag

1. 11. Klaus Mertens, Hürth
Karl Heinz Hägerbäumer, Hiddenhausen
8. 11. Hubert Becker, Bochum
11. 11. Ilse Wiertz, Dortmund
15. 11. Margarete Ringe, Düsseldorf
Herbert Valder, Radevormwald
16. 11. Maria van gen Hassend, Alpen
23. 11. Elisabeth Schroer, Oberhausen
25. 11. Elisabeth Jellonek, Herten
Peter Lutterbach, Aachen
26. 11. Richard Gartmann, Düsseldorf

92. Geburtstag

10. 11. Katharina Hasenau, Duisburg
12. 11. Theodor Albrecht, Bottrop
Elisabeth Wittwer, Oberhausen
14. 11. Therese Ochsenbauer, Remscheid

17. 11. Maria Gring, Essen
29. 11. Aloys Schwamborn, Köln

93. Geburtstag

2. 11. Gertrud Kratzer, Merzenich
3. 11. Richard Dürscheid, Bergisch-Gladbach
Hilde Riesner, Sprockhövel
8. 11. Werner Leese, Duisburg
13. 11. Heinrich Garbe, Hamm
Werner Voigt, Wipperfürth
14. 11. Johannes Eilert, Gelsenkirchen
16. 11. Elisabeth Wicher, Flörsbachtal
18. 11. Heinz Beeckmann, Mönchengladbach
21. 11. Ruth Bohnes, Dülmen
26. 11. Heinz Alexander, Wuppertal
Herbert Verbeek, Köln
28. 11. Erika Karbach, Hagen
Lieselotte Nachtigall, Oberhausen

94. Geburtstag

6. 11. Eduard Wessiepe, Haan

96. Geburtstag

11. 11. Klaudia Feiler, Dortmund

100. Geburtstag

17. 11. Ludowika Niß, Hagen

102. Geburtstag

18. 11. Margarete Mundt, Mechernich
30. 11. Hildegard Holbeck, Köln



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (Vi.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe ist der 9. November 2012.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - November 2012



Jetzt buchen: Nur noch wenige Plätze frei!



Landesseniorenreise Lanzarote

17.2. - 3.3.2013

Reisepreis pro Person in einem
4,5*-Appartement, 2er-Belegung,
Alles Inklusive, GdP-Abend und
Ganztagesausflug ab € 1.097,-

Heute schon vormerken!
13. Bundesseniorenreise
27.9. bis 11.10.2013
Costa de la Luz/Spanien
Alle weiteren Infos ab Ende November!



GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64/65 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de • penguin@gdp-reiseservice.de



Neuer Büroleiter im GdP-Reisebüro



Gudastraße. Herbrechter bringt 17 Jahre Berufserfahrung als Reiseverkehrskauf-

Frank Herbrechter (42) ist seit dem 1. Oktober als Nachfolger von Thomas Grober (45) neuer Büro- und Verkaufsleiter der GdP-Service-

GmbH in der Gudastraße. Herbrechter bringt 17 Jahre Berufserfahrung als Reiseverkehrskauf-

mann mit. Zu seinen bisherigen Arbeitsschwerpunkten gehörte neben der Reiseberatung auch die Planung, und Durchführung von Gruppenreisen. Sein großes Steckenpferd ist Nordamerika, besonders Kanada ist sein absoluter Favorit. Außerdem kennt er viele Reedereien, Routen und Kreuzfahrtschiffe persönlich.

Zu den Zielen bei der GdP-Service-GmbH sagt er: „Schöne Ferien, das ist ein Versprechen. Es gilt für alle Reiseziele auf der Erde und alle Arten von Reisen und Urlaub. Hier in Düsseldorf machen wir aus Reiseträumen Traumreisen!“

Glücksnummern des Monats

- 45 18034
Yannik Glum, Aachen
- 45 19571
Christine Krause, Duisburg
- 45 20250
Marcel Wachholz, Paderborn
- 45 43531
Anja Speckmann, Dortmund

Die Gewinner erhalten von den Krimi-Cops die Neuauflage von „Umgelegt“.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

6. Dezember, Senioren-Weihnachtsfeier, Treffpunkt: 18.00 Uhr, Saalbau Kommer, Forster Linde 55, 52078 Aachen-Forst, Anmeldung: Ralf Dünzer, Telefon 02 41/95 772 30 03 bis zum 1. 12. 2012

Kreisgruppe BV Münster

7. November, APS-Sitzung des BV Münster, Treffpunkt: 9.30 bis ca. 16.00 Uhr, LAFP (früher Polizeischule „C.S.“), Weseler Str. 264, 48151 Münster, Block II, Raum 115

Kreisgruppe BZ Brühl

13. Dezember, Jahresabschlussstreffen mit Partner, Treffpunkt: 18.00 Uhr, Hotel Rheinterrassen, Römerstr. 99, 53332 Widrig, Anmeldung bis zum 6. 12. 12 bei anton korsten@gmx.de oder Telefon 0 22 27/60 46

Das erste Seniorentreffen 2013 findet am Donnerstag, 7. 3. 2013, statt. Die Örtlichkeit wird noch bekanntgegeben.

Kreisgruppe Coesfeld

28. November, Seniorenstammtisch, Elisabeth Thesing von der Betreuungsstelle Kreis Coesfeld zum Thema „Betreuungsrecht“, Treffpunkt: 14.30 Uhr, St.-Barbara-Haus, Kapellenweg 75, 48249 Dülmen

Kreisgruppe Dortmund

12. Dezember, Weihnachtsfeier der Senioren, der Dortmunder Kinder- und Jugendchor „Die Zauberlehrlinge“ singen Weihnachtslieder, Treffpunkt: 17.00 Uhr, Aula des PP Dortmund, Markgrafenstr. 102, 44139 Dortmund, Anmeldung bis 7. 12. 2012 bei Fritz Rübmann, Telefon 02 31/59 72 47

Kreisgruppe Ennepe-Ruhr

5. Dezember, Nikolauskaffeetrinken mit Jubilar-Ehrungen, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Gaststätte „Berghäuser Hof“, Hattinger Str. 121, 58332 Schwelm, Anmeldung bei den Kollegen Heveling, Telefon 0 23 32/8 08 39, oder Bögemann, Telefon 0 23 31/4 89 12 20

Kreisgruppe Köln

15. November, Informationstreffen, Herr Pfeifer vom Malteser Hilfsdienst zum Thema „Betreuung und Beratung durch den MHD“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

Kreisgruppe Soest

19. November, Seniorenstammtisch, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafé, Am Stadtpark 1, 59494 Soest

NACHRUF

Klaus Banduhn	7. 7. 1936	Viersen	Christof Keggenhoff	31. 7. 1964	Hochsauerlandkreis
Ernst Bolte	9. 5. 1916	Hamm	Peter Könes	27. 9. 1917	Mönchengladbach
Franz Bonné	29. 9. 1923	Aachen	Georg Malutzki	19. 9. 1949	Dortmund
Georg Buchner	22. 5. 1941	Bielefeld	Gertrud Manns	25. 9. 1924	Köln
Hans-Jürgen Bünsch	15. 8. 1942	Essen/Mülheim	Heinz Meckelburg	6. 9. 1927	Wesel
Werner Burzlaff	13. 12. 1926	Mönchengladbach	Udo Noffz	25. 6. 1960	Bergisches Land
Erna Eckert	19. 2. 1912	Aachen	Walter Nürnberger	24. 6. 1922	Bergisches Land
Karl-Heinz Eick	15. 8. 1917	AP Düsseldorf	Wolfgang Peters	16. 8. 1938	Gelsenkirchen
Uwe Ewering	12. 8. 1958	Unna	Wolfgang Pott	22. 5. 1952	Bielefeld
Erich Feldmeier	15. 3. 1934	Münster	Friedhelm Salmen	8. 1. 1928	Bochum
Hanna Herta Fork	27. 1. 1935	Essen/Mülheim	Hartmut Schnittger	8. 4. 1944	BR Detmold
Theodor Frankus	12. 10. 1922	Bottrop/Gladbeck	Gerhard Schulte Mattler	28. 2. 1926	Wesel
Walter Gunia	21. 9. 1923	Bochum	Erhard Thienelt	27. 8. 1932	Bochum
Werner Haarmann	23. 2. 1953	Bochum	Arno Wagner	26. 7. 1952	Olpe
Anna Hüsgen	16. 4. 1917	Bonn	Uwe Weber	28. 2. 1956	Bergisches Land
Heinrich Illig	8. 3. 1927	Steinfurt	Vera Weiß	15. 3. 1922	Bielefeld
Maria Junkers	6. 10. 1921	AP Düsseldorf	Gerda Witt	25. 1. 1923	Münster
Willi Kaiser	10. 6. 1920	Hochsauerlandkreis	Erwin Zühlke	16. 10. 1918	Erfkreis

